



11.12.2012

Mitglieder des Kreistags  
des Landkreises Esslingen

Kurzprotokoll über die Sitzung  
des Verwaltungs- und Finanzausschusses  
vom 06.12.2012

- Öffentlich -

## **1. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**

Der Vorsitzende informiert, dass der Verwaltungs- und Finanzausschuss in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung am 27. September 2012 beschlossen habe, dass die Verwaltung beauftragt wird, in Nürtingen auf dem Säer ein Grundstück zu erwerben und der hierfür nötigen außerplanmäßigen Ausgabe gemäß § 84 Abs. 1 Gemeindeordnung zugestimmt wird.

Die Öffentlichkeit nimmt hiervon Kenntnis.

## **2. Haushaltsdebatte 2013 - Anträge der Fraktionen und Stellungnahmen der Verwaltung**

Der Ausschuss nimmt folgendes zur Kenntnis bzw. fasst folgende Beschlüsse:

### **2.1 Anträge der Fraktion Freie Wähler**

- 2.1.1.1 Der Masterplan für unsere Berufsschulen muss auf den Prüfstand und aufbauend auf der regionalen Schulentwicklungsplanung fortgeschrieben werden. Nur so kann eine Fehlsteuerung beim weiteren Aus- und Umbau der Kreisschulen vermieden werden. Der Vollzug des Plans wird zunächst ausgesetzt, die mittelfristige Finanzplanung ab 2013 wird entsprechend angepasst.
- 2.1.1.2 Bis zur Fortschreibung des Masterplans werden keine weiteren Planungen für Generalsanierungen und Um- bzw. Neubauten von Kreisberufsschulen im Landkreis Esslingen begonnen, da im Moment keine konkreten Zielvorstellungen festgelegt werden können. Ausgenommen sind Untersuchungen bzw. Planungsstudien, die der Überprüfung bzw. Fortschreibung des Masterplans dienen.

Es werden hierzu die Stellungnahmen der Verwaltung in der Sitzung sowie in der Vorlage 141a/2012 zur Kenntnis genommen.

- 2.1.2.1 Der Entwurf der mittelfristigen Finanzplanung macht deutlich, dass der Landkreis große Finanzierungs- und Liquiditätsprobleme bekäme. Wenn wir nicht gegensteuern, würde der Landkreis dauerhaft in zu hohe Schulden und teure Kassenkreditfinanzierungen hineinlaufen.
- 2.1.2.2 Die sich abzeichnende Entwicklung erfordert eine grundlegende Strategiediskussion. Wir beantragen dazu eine Klausursitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses. Die Kreisverwaltung legt dazu ein Handlungskonzept vor, mit dem aufgezeigt wird,
- wie die Liquiditätslücke geschlossen werden kann,
  - welche Möglichkeiten bestehen, die Diskrepanz zwischen Abschreibungen und Tilgungen abzubauen,
  - wie das Investitionsprogramm verändert bzw. gestreckt werden kann, damit künftige Haushalte nicht durch Zinsen und Abschreibungen bzw. Tilgungen überfordert werden.

Damit diese Strategiesitzung sorgfältig vorbereitet werden kann, ist die mittelfristige Finanzplanung bis zum Haushaltsbeschluss, wie in Antrag 1 beschrieben, durch Streichung von Investitionsvorhaben auf eine realistische Größenordnung zu Reduzieren.

Es werden die Informationen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 163/2012 sowie die Zusage, diese Thematik im Rahmen einer Strategiesitzung im 1. Halbjahr 2013 ausführlich zu diskutieren, zur Kenntnis genommen.

- 2.1.3 Die Verwaltung legt dar, wie auf einzelne Stellenneuschaffungen verzichtet oder eine Verschiebung vorgenommen werden kann. Zusätzlich ist aufzuzeigen, ob und in welchen Bereichen in absehbarer Zeit Stellen entfallen können.

Es werden die Ausführungen der Verwaltung in der Sitzung sowie in der Vorlage 141a/2012 zur Kenntnis genommen.

## 2.2 Anträge der CDU-Fraktion

- 2.2.1 Es wird beantragt, dass
- über die Auswirkungen der Eröffnungsbilanz, die derzeit aufgestellt wird,
  - über mögliche Auswirkungen aus der Anwendung von Bilanzierungswahlrechten,
  - über offene Fragen der Liquiditätsplanung und
  - über die Grundsatzfrage, generell Investitionen über Schulden zu finanzieren oder dem Kreis für Investitionen bzw. Schulden tilgung eine „freie Spitze“ zuzugestehen, beraten wird.

#### Vergleiche Ziffer 2.1.1

- 2.2.2 Die angekündigte Priorisierung von Projekten muss in den Masterplan eingebettet werden und darf nicht zu einem Wettbewerb unter den Schulstandorten führen. In diesem Sinne sind nach unserer Auffassung vor dem Hintergrund der sich ändernden Schullandschaft die weiteren Beratungen im Kultur- und Schulausschuss zu führen. So lange ist die Umsetzung des Masterplans „Schulentwicklungsplanung“ auszusetzen, mit der Konsequenz, die Finanzplanung 2013 entsprechend anzupassen.

#### Vergleiche Stellungnahme zu Ziffer 2.1.1

- 2.2.3 Die Höhe der Kreisumlage wird offen gelassen, wobei ein Prozentsatz von 37,7 das untere Limit darstellt. Sollte sich in der weiteren Diskussion die Notwendigkeit herausstellen, die Nettoneuverschuldung, die mit ca. 5 Mio. € geplant ist, auf Null zu reduzieren, will man sich eine Diskussion über einen höheren Hebesatz nicht verschließen.

Zu diesem Antrag wird im nichtöffentlichen Teil unter Ziffer 15 diskutiert.

#### 2.3 Anträge der SPD-Fraktion

- 2.3.1 Wir beantragen einen Kreisumlagehebesatz von 37 %-Punkten.

Hierzu wird im nichtöffentlichen Teil unter Ziffer 15 diskutiert.

- 2.3.2 Barrierefreie Homepage des Landratsamts/des Landkreises  
Wir regen an zu prüfen, welche Schritte getan werden können, um eine barrierefreie Homepage aufzubauen.

Dieser Antrag wird aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 141a/2012 zunächst als erledigt betrachtet. Die Fraktion wird sich bei Bedarf mit einer konkreten Frage an die Verwaltung wenden.

#### 2.4 Anträge der Fraktion GRÜNE

- 2.4.1 Es wird beantragt, dass der Kreisumlagehebesatz auf 38,7 v. H. festgesetzt wird, damit die Verschuldung des Landkreises zum 31. Dezember 2013 auf dem gleichen Stand bleibt wie zum 31. Dezember 2012.

Zu diesem Punkt wird im nichtöffentlichen Teil unter Ziffer 15 diskutiert.

- 2.4.2 Personalauswahl im Verwaltungs- und Finanzausschuss/in den Ausschüssen

Es wird beantragt, dass bei der Besetzung von Stellen in den Ausschüssen folgendes Verfahren erprobt wird:

- 2.4.2.1 Die Verwaltung gibt mit den Bewerbungsunterlagen der ausgesuchten Bewerber/innen eine (nicht ausgefüllte) Matrix mit den Auswahlkriterien für die Stellenbesetzung aus.
- 2.4.2.2 Die Verwaltung erläutert nach der Vorstellung mündlich, welche Auswahlkriterien die einzelnen Bewerber/innen aus Verwaltungssicht erfüllen.
- 2.4.2.3 Der Ausschuss entscheidet dann über die Besetzung.

Auswahlkriterien	BewerberIn 1	BewerberIn 2	BewerberIn 3
Berufserfahrung allgemein			
Zusatzausbildung			
Erfahrung im Aufgabenbereich			
Mitarbeiterführung			
usw.			

Dieser Antrag wird aufgrund der Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung sowie in Vorlage 141a/2012 als erledigt betrachtet.

## 2.5 Anträge der Fraktion DIE REPUBLIKANER

- 2.5.1 Entschuldung um 3,5 Mio. Euro durch Einsatz der für die Senkung der Kreisumlage vorgesehenen Mittel. Dadurch ergibt sich ein Hebesatz von 38,3 %.

Zu diesem Punkt wird im nichtöffentlichen Teil unter Ziffer 15 diskutiert.

- 2.5.2 Die vorgesehenen Kosten für das Nachtverkehrskonzept in Höhe von ca. 360.000 Euro werden gestrichen. Die entsprechenden Mittel werden zum Schuldenabbau verwendet.

Dieser Antrag wird aufgrund der Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 141a/2012 als erledigt betrachtet.

- 2.5.3 Nachhaltige Mobilität auch außerhalb der Groß- und Mittelstädte  
Die Kreisverwaltung wird gebeten, sich beim Programm des VRS koordinierend und helfend einzusetzen.

Dieser Antrag wird aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 141a/2012 als erledigt betrachtet.

- 2.5.4 Untersuchungsausschuss Kreiskrankenhäuser  
Es wird ein Untersuchungsausschuss von Fachleuten beantragt, der einen Einblick in die Entscheidungen von Geschäftsführung und Aufsichtsrat nehmen und die Verantwortlichkeiten feststellen kann.

Es wird die Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 141a/2012 zur Kenntnis genommen.

- 2.5.5 Notdienst Augenärzte sichern: Nach dem die Augenärzte im Landkreis wegen angeblich starker Mehrbelastung im Vergleich zu den Kollegen in der Stadt Esslingen und in Stuttgart zum 1. Januar 2013 aus der Notfallversorgung aussteigen wollen, wird die Kreisverwaltung gebeten, eine vernünftige Lösung mit der kassenärztlichen Vereinigung zu finden.

Es wird die Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 141a/2012 zur Kenntnis genommen.

- 2.5.6 Einräumung eines Wahlrechts für Kraftfahrzeugbesitzer im Altkreis Nürtingen zwischen ES und NT

Zu diesem Antrag wird im nichtöffentlichen Teil Ziffer 19 diskutiert.

- 2.5.7 Betrug bei Kfz-Hauptuntersuchungen und Konsequenzen: Welche Erkenntnisse hat die Kreisverwaltung über die Größenordnung des Betrugs? In welcher Form werden die Kfz-Besitzer darüber informiert, und auf mögliche Sicherheitsmängel hingewiesen?

Es wird die Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung sowie in Vorlage 141a/2012 zur Kenntnis genommen.

- 2.5.8 Information des Kreistags über die Arbeit der Kreissparkasse: Besonders weil in Brüssel derzeit die Weichen für eine Europäische Bankenunion mit etwaiger Haftungsübernahme für Südeuropäische Banken gestellt werden, wird beantragt, dass der Kreistag vom Vorstand der Kreissparkasse aus erster Hand über Chancen und Risiken des Projekts und die Sicherheit der Spareinlagen der Kunden informiert wird.

Es wird die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 141a/2012 zur Kenntnis genommen.

- 2.5.9 Internet bei Kreistagssitzungen:

Es wird beantragt,

- 2.5.9.1 die Landtagsabgeordneten aufzufordern, die Gemeindeordnung zu ändern.

- 2.5.9.2 bis zur Änderung der Gemeindeordnung einen Live-Stream mit Aufzeichnungen zu ermöglichen, sodass der Datenschutz gewährleistet ist.

Dieser Antrag wird einstimmig abgelehnt.

- 2.6 Anträge die LINKE

- 2.6.1 Der Tarifzonenplan ist durch die Einführung von nur zwei Tarifzonen für die einzelnen Landkreise zu ändern.

Die Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung sowie die Vorlage 141a/2012 wird zur Kenntnis genommen.

- 2.6.2 Es wird beantragt, dass die Verwaltung einen Vorschlag für ein Sozialticket für das VVS-Tarifgebiet erarbeitet und dieses so rechtzeitig fertigstellt, dass es in die Diskussion über die Festlegung der Fahrpreise 2014 eingebracht werden kann. Dabei sind die Auswirkungen auf den bisherigen VVS-Stammkundenkreis und die Auslastung der Verkehrsträger darzustellen.

Die Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung sowie die Vorlage 141a/2012 wird zur Kenntnis genommen.

- 2.6.3 Es wird beantragt, dass für den Busverkehr Qualitätsstandards erarbeitet werden. Notwendig sind folgende Festlegungen: eine Verbesserung der Fahrzeugtechnik (Klimaanlagen bis zu Echtzeitanzeigen des Haltestellenverlaufs), grundsätzlich sollen nur Busse mit Niederflurtechnik eingesetzt werden, verbindliche Haltestelleansagen, verbindliches Einhalten des Fahrplans, eine zeitlich unbeschränkte Fahrradmitnahme, eine Verdichtung der Fahrpläne vor allem an den Wochenenden, verbesserte Informationen für die Nutzerinnen und Nutzer durch einheitliche Symbole die an die übrigen VVS-Pläne angeglichen werden und bei zukünftigen Busneanschaffungen soll darauf geachtet werden, dass Busse über genügend Abstellraum für die Mitnahme von Kinderwägen, Einkaufswägen und Fahrrädern haben.

Die Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung sowie die Vorlage 141a/2012 wird zur Kenntnis genommen.

### **3. Sonntagsverkehr auf der Tälesbahn**

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 3.1 Der Ausschuss stimmt der Einrichtung eines Sonntagsverkehrs auf der Tälesbahn zunächst befristet für den Zeitraum vom 24.03.2013 bis 31.12.2014 zu. Die Beteiligung des Landkreises Esslingen an der Finanzierung des Sonntagsverkehrs der Tälesbahn beträgt rund 24.200 € für das Jahr 2013 und rund 30.000 € für das Jahr 2014.
- 3.2 Der Vorsitzende wird ermächtigt, in der Versammlung des Zweckverbands Fahrmit am 10.12.2012 nach Maßgabe der Ziff. 3.1 dem Sonntagsverkehr zuzustimmen.

### **4. Erwerb von Immobilien für die Unterbringung von Asylbewerbern**

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den Erwerb von Immobilien für die Unterbringung von Asylbewerbern wird ein Planansatz in Höhe von 600.000 € im Änderungsverzeichnis 2013 zum Finanzhaushalt aufgenommen.

## 5. Annahme von Spenden

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

### 5.1 Spenden zur Förderung der Jugend- und Altenhilfe (§ 52 Abs. 2 Nr. 4 Abgabenordnung)

- a) Sammelspende aus diversen Elternabenden in Höhe von 189,10 €, eingegangen am 05.09.2012;
- b) Spende der Werbeagentur Marko Akalovic in Höhe von 500,00 €, eingegangen am 26.10.2012.

Spenden zur Förderung kultureller Zwecke (§ 52 Abs. 2 Nr. 5 Abgabenordnung)

- c) Spende des Bäckerhauses Veit GmbH (Erlös des 7. Archemarktes im FLM Beuren) in Höhe von 350,00 €, eingegangen am 09.10.2012;
- d) Spende aus der Krautmitnahme anlässlich des 7. Archemarktes im FLM Beuren in Höhe von 133,50 €, eingegangen am 27.09.2012.
- e) Diverse Spenden von verschiedenen Veranstaltungen (Bauernmarkt Schopfloch am 16.09.2012, Moschtfescht am 06./07.10.2012, Einzelspende RP Stuttgart 22.09.2012) in Höhe von 130,94 €, eingegangen am 17.10.2012.

Spenden zur Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe (§ 52 Abs. 2 Nr. 7 Abgabenordnung)

- f) Sachspende der Firma Bernd Woick GmbH, Plieninger Straße 21, 70794 Filderstadt für die Albert-Schäffle-Schule (1 Digitaldruck im Wert von 148,00 €), eingegangen am 24.10.2012;
- g) Sachspende der Firma REWE Waldmann oHG, Zollernplatz 7-9, 73734 Esslingen am Neckar für die Rohräckerschule, Schule für Geistigbehinderte ( Diverse Lebensmittel im Wert von 292,59 €), eingegangen am 20.09.2012;
- h) Sachspende von Frau Heike Dinkelaker und Herrn Udo Bönisch, Gayernweg 9, 73733 Esslingen am Neckar für den Schulkinder- garten für Körperbehinderte Esslingen ( 1 Rehabuggy Thomashilfe mit Sitzeinheit, 1 Winterschlupfsack, 1 Therapiefahrrad, Gesamtwert 584,00 €), eingegangen am 02.11.2012;
- i) Sachspende der Firma Daimler Benz AG, COB/SOD – HPC: F103, 70546 Stuttgart für die Philipp-Matthäus-Hahn-Schule (1 Verbrennungsmotor für Ausbildungszwecke im Wert von 250,00 €), eingegangen am 12.10.2012;

### 5.2 Der Verwaltungs- und Finanzausschuss stimmt der Annahme der in Anlage 1 zu Vorlage 175/2012 aufgeführten Spenden bis zu 100 € (Kleinspenden) zu.

**6. Verschiedenes**

**6.1 Verbandsversammlung Neckar-Elektrizitätsverband**

Der Vorsitzende informiert, dass er in der Verbandsversammlung am 16. November 2012 einer Ausschüttung des hälftigen Jahresüberschusses 2011 des Neckar-Elektrizitätsverbands (NEV) in Höhe von 1.352.300,97 € an die Städte und Gemeinden zugestimmt habe. Eine Mandatierung durch den Kreistag hinsichtlich seines Abstimmungsverhaltens sei nicht erforderlich.

Der Ausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

gez.  
Heinz Eininger  
Landrat